

16. November 2006
Der Standard

Greenpeace über Häupl-Kritik verwundert Soll Schuld nicht auf Asfinag und Umweltschützer schieben

Wien - Mit Verwunderung hat die Umweltschutzorganisation Greenpeace am Donnerstag die Kritik des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl (S) aufgenommen. Dass die Umweltschützer in der Lobau Schuld daran seien, wenn statt einem Tunnel eine Brücke komme, wollte Verkehrssprecher Jurrien Westerhof in einer Aussendung nicht gelten lassen. Er forderte anstelle von Autobahnprojekten Investitionen in den öffentlichen Verkehr.

"Bürgermeister Häupl weiß genauso so gut wie jeder andere, dass der Nationalpark nie von einer Autobahn durchschnitten werden wird", so Westerhof: "In Wirklichkeit will Häupl vertuschen, dass seine Infrastrukturwünsche unfinanzierbar sind." Er solle deshalb die Schuld nicht auf die Umweltschützer und die Autobahngesellschaft Asfinag schieben.

Häupl sei sich offensichtlich der problematischen Finanzlage der Asfinag bewusst, wenn er behauptete, dass die Straßenbaufinanzierung eine öffentliche Aufgabe sein müsse und der Finanzminister gefragt sei, so der Greenpeace-Vertreter: "Die Frage ist nur, was das bedeutet. Soll die Asfinag wieder verstaatlicht werden? Fürchtet Häupl sich vielleicht davor, dass ausgerechnet unter einer SPÖ-Alleinregierung eine Pkw-Maut eingeführt werden muss, um den von der SPÖ gewünschten Autobahn-Neubau zu finanzieren?"

Würden die Asfinag-Schulden wieder ins Budget aufgenommen, würde Österreichs Staatsschuld von rund 150 Mrd. Euro um weitere zehn Mrd. Euro oder ca. sieben Prozent steigen - inklusive den geplanten Neubauprojekten sogar um mehr als 15 Mrd. Euro oder rund zehn Prozent, rechnete Westerhof vor. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien wäre dann nur mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen haltbar. (APA)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2662225>